

JOSEF GELMI

Kirchliches Zeitgeschehen

1. Rundblick

Am 18. Mai 1990 vollendete Papst *Johannes Paul II.* sein 70. Lebensjahr. Nach dem unerwarteten Tod von Johannes Paul I. am 28. September 1978 meinten viele, der nächste Papst werde wieder ein Italiener sein. Am 16. Oktober desselben Jahres kam jedoch aus Rom die sensationelle Nachricht, daß der neue Papst der Pole Karol Wojtyla sei, der sich Johannes Paul II. nannte. Seit 1522 hatte das Kardinalskollegium keinen Nichtitaliener mehr gewählt. Durch die Wahl von 1978 verliehen die Kardinäle dem Papsttum eine neue Dimension hinsichtlich seiner Universalität. Tatsächlich ist dieser Papst durch seine Mobilität wohl der in der Welt bekannteste Pontifex der Kirchengeschichte geworden. Hinzu kommt, daß er einen wesentlichen Beitrag für die dramatischen Veränderungen im Osten geleistet hat.

Im *Vatikan* gab es einige Veränderungen in den Spitzenpositionen. So wurde noch im Dezember 1989 ein neuer Substitut des Staatssekretariats ernannt. Es handelt sich um den aus Brescia stammenden Giovanni Battista Re. Er trat die Nachfolge des Australiers Edward Cassidy an, den der Papst zum Nachfolger des zurückgetretenen langjährigen Präsidenten des Rates für die Einheit der Christen, des niederländischen Kardinals Johannes Willebrands, ernannt hat. Mit der Beförderung von Re sind wieder drei Italiener an der Spitze des Staatssekretariats, nämlich Agostino Casaroli als Staatssekretär, Battista Re als Substitut und Angelo Sodano als Sekretär für die Beziehungen mit den anderen Staaten. Im Februar 1990 wurde Kardinal Edmund C. Szoka, Erzbischof von

Detroit, zum neuen Präsidenten der Präfektur für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Vatikans ernannt. Neuer Direktor der Vatikanbank wurde Giovanni Bodio, der ehemalige Generaldirektor der Bank „Mediocredito Lombardo“.

Was die Finanzen des Vatikans betrifft, so wird nach einem am 15. März 1990 vom vatikanischen Presseamt veröffentlichten Kommuniqué für das Jahr 1990 mit Einnahmen von 66,5 Millionen Dollar gerechnet; die Ausgaben werden vermutlich 152,5 Millionen Dollar betragen. Das würde ein Defizit von 85,9 Millionen Dollar ausmachen. Im Haushaltsjahr 1988 hatte das Defizit 43,5 Millionen Dollar betragen. Dieser Fehlbetrag konnte jedoch durch den Peterspfennig, der 52,9 Millionen Dollar ausmachte, mehr als gedeckt werden. Für das Jahr 1989 hat der Peterspfennig 48,4 Millionen Dollar erbracht, während sich der Bedarf für dasselbe Jahr allerdings auf 80 Millionen Dollar belaufen hat. Daher sind die Katholiken aufgerufen, mehr für den Unterhalt des Vatikans zu tun.

In *Italien*, das immer mehr zum Einwandererland von Afrikanern und Asiaten wird, macht sich Fremdenfeindlichkeit breit. Regierungsmitglieder dachten schon an den Einsatz des Heeres, um die Grenzen dicht zu machen. Die Kirche, die sich der Einwanderer auf vielfältige Weise annimmt, hat diese Idee schärfstens verurteilt. Im Zeichen der Neuevangelisierung Europas kam es in Aquileja und Grado vom 28. April bis 1. Mai 1990 zum ersten „Katholikentag“ der drei Venetien. An diesem Treffen, an dem 15 Bischöfe, darunter auch jener von Bozen-Brixen, teilnahmen, ging es um die Fragen: Wie

wird der christliche Glaube heute erlebt? Wie wird er an die neue Generation weitergegeben? Wie kann er die moderne Kultur veredeln? Im Zusammenhang mit den dramatischen Veränderungen im Osten erregte eine Rede des Kardinals Biffi von Bologna Ende März 1990 in Italien Aufsehen. Er sagte, daß nur die Präsenz einer lebendigen und aktiven Kirche, die sich um das wahre Wohl der Menschen Sorgen gemacht habe, Italien in der Nachkriegszeit vor dem unsinnigen und unmenschlichen System des Kommunismus bewahrt habe.

Am 25. und 26. Mai 1990 besuchte Johannes Paul II. die Insel *Malta*, wo die Bevölkerung und die Regierung dem Papst einen enthusiastischen Empfang bereiteten. Malta dürfte das katholischste Land der Erde sein, denn nach einer Gallup-Umfrage besuchen dort 90 Prozent der Bevölkerung den sonntäglichen Gottesdienst.

Am 20. Mai kamen mehr als 25.000 Christen aus *Ostmitteleuropa* nach Mariazell, um Dank zu sagen für ihre Befreiung. Dabei wurde an die seinerzeitige Wallfahrt der Katholischen Arbeiterjugend im Jahr 1954 erinnert, bei der das Versprechen abgelegt wurde, für die verfolgte Kirche in Mittel- und Osteuropa zu beten. Von jedem Bundesland war damals eine Votivkerze gespendet und entzündet worden. Dann aber sollten die Kerzen „schweigen“ und erst wieder brennen, wenn die Gebete erhört und die Christen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang selbst wieder nach Mariazell pilgern könnten. Nun ist es soweit. Am 20. Mai brannten die Kerzen wieder. Der Budweiser Bischof Miloslav Vlk deutete dies in seiner Ansprache als ein „Zeichen der Auferstehung, des neuen Lebens, einer neuen Hoffnung“. Der Bischof sprach auch den Christen in ganz Europa seinen Dank aus für die Gebete, die Opfer und die Solidarität mit den verfolgten Christen.

Großes Aufsehen machte im ganzen *deut-*

schen Sprachraum die Verurteilung der Lehren des Engelwerk-Handbuches durch den Innsbrucker Bischof Reinhold Stecher im März und hierauf durch die Österreichische Bischofskonferenz im April 1990. Stecher, wie er selbst sagte, zählt dieses Buch jenen „gefährlichen Schriften und Lehren“ zu, die zur „Dämonisierung“ und „Verdüsterung der Welt und des Glaubens“ beitragen und dabei den „erlösenden Christus“ in den Hintergrund stellen. Als „besonders unerträglich“ wertete Stecher den im „Handbuch“ erhobenen Anspruch, „göttliche Offenbarung“ zu sein. In Wirklichkeit, so Stecher, sei das Buch ein „Sprung zurück in die Zeit des Hexenwahns“.

Ein besonderes Ereignis für den deutschen Sprachraum sind die Feiern des *Deutschen Ordens*, der in diesem Jahr sein 800jähriges Bestehen begeht. Wie der Hochmeister, der Südtiroler Arnold Wiedland, bei einer Pressekonferenz im Jänner in Wien sagte, wird der Orden sein Jubiläum mit einer Reihe von Tagungen und religiösen Feiern begehen. Höhepunkt wird die Ausstellung im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg sein.

Der 90. *Deutsche Katholikentag* fand dieses Jahr in Berlin statt. Als die Mammutveranstaltung am 27. Mai 1990 zu Ende ging, versammelten sich 150.000 Gläubige im Olympiastadion. Darunter befanden sich auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker und DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière. Äußerst geschmacklos war eine Gegenveranstaltung zum Katholikentag in der Berliner Innenstadt, bei der „Johannes Antja I.“ zur Gegenpöpstin gewählt wurde.

Eine historische Stunde für die deutsche Kirche war es, als sich am 8. März 1990 in Augsburg zum ersten Mal seit dem Bau der Berliner Mauer die 11 Mitglieder der Berliner Bischofskonferenz mit ihren westdeutschen Kollegen zu einer gemeinsamen Sitzung trafen. Bezüglich der raschen Ent-

wicklung in der Deutschlandpolitik hält sich der Heilige Stuhl zurück. Die Gepflogenheiten des Vatikans, politischen Veränderungen nicht vorzugreifen, hat sich in der Vergangenheit als sehr weise erwiesen.

Am 8. März 1990 beging *P. Oswald von Nell-Breuning* seinen hundertsten Geburtstag. Man muß *P. Walter Kerber* wohl recht geben, wenn er schreibt, daß kein anderer mehr als *Nell-Breuning* dazu beigetragen hat, der Soziallehre der Kirche Gestalt, Ansehen und Einfluß zu verleihen.

In der *Schweiz* kam es nach der Bestellung des Bischofskoadjutors *Wolfgang Haas* zum Diözesanbischof von Chur im Mai 1990 zu einer Beunruhigung in der Kirche des Landes. Der für einen Teil des Klerus und Kirchenvolkes als umstritten geltende Bischof ließ in einer Pressekonferenz der Schweizer Bischofsversammlung verlauten, daß er bereit sei, mit seinen Mitbrüdern im Bischofsamt weiterhin brüderlich mitzuarbeiten und trotz aller Mißverständnisse das ihm Mögliche zu leisten, damit alle, auch die kirchlichen Räte, mit ihm zusammenarbeiten können.

In *Frankreich* starb im Februar 1990 der bekannte Dominikanertheologe *Marie-Dominique Chenu*. Er war Autor zahlreicher Werke, in denen er im Kielwasser von *Teilhard de Chardin* das schöpferische Werk des Menschen im Zusammenwirken mit jenem Gottes darstellte.

Ein großartiges Zeichen setzte *Belgiens König Baudouin*, als er im April 1990 für zwei Tage auf seine Regentschaft verzichtete, um das vom belgischen Parlament beschlossene Abtreibungsgesetz nicht unterzeichnen zu müssen. Die schweizerische Vereinigung „*Pro Veritate*“ dankte dem König für sein Verhalten und vertrat die Ansicht, daß er durch seine Haltung ein Signal gesetzt habe, das „ganzen Heerscharen von Kindern“ das Leben retten könne.

In *England* verwarf der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, *Kardinal Basil Hume*, die Beschlüsse des britischen Parlaments über erweiterte Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruches ganz entschieden. Auch verurteilte er das geplante Gesetz zur Embryonenforschung in Großbritannien aufs schärfste. „Die Erlaubnis zur Forschung an Embryonen führt zu einer potentiellen selbstzerstörerischen Gesellschaft“, schrieb der Kardinal in einer britischen Tageszeitung. Zum hundertsten Todestag von *Kardinal John Henry Newman* organisierte die *National Portrait Gallery* in London eine Ausstellung von Photos. Mit Recht wird der berühmte Theologe als der „Kirchenvater der Neuzeit“ gefeiert.

Während die *US-Bischöfe* im April 1990 in ihrem zweiten Entwurf eines Frauenhirtenbriefes die Sünde des Sexismus verurteilten, verlangten sie gleichzeitig, daß die Kirche ihre eigenen Praktiken, Besitzstände, Machtstrukturen und Lebensstile überprüfe, inwieweit sie dem Fortschritt von Frauen im Wege stehe. Der Erzbischof von *Seattle*, *Raimond G. Hunthausen*, weihte sogar aus Protest gegen die „mangelnde Einbeziehung von Frauen in die kirchliche Mitverantwortung“ keine Männer mehr zu Ständigen Diakonen. Auch am Entwurf des Weltkatechismus übten die *US-Bischöfe* Kritik. Vor allem hoben sie hervor, daß zwischen Dogmen und populären Glaubensüberzeugungen zu wenig unterschieden werde.

Die Option für die Armen in *Lateinamerika* verlangt der Kirche einen hohen Preis ab. Am 24. März 1990 jährte sich zum zehnten Mal der Tag, an dem der einstige Erzbischof von *El Salvador*, *Oscar Romero*, ermordet wurde. Er starb, weil er schon auf dieser Welt die Situation der Ärmsten verbessern wollte. Auch heute setzen die Christen in *El Salvador* ihr Engagement fort.

Kolumbien wird vom Krieg gegen die

Kokainmafia zerrissen. Kardinal Alfonso Lopez Trujillo von Medellin entging im April 1990 nur knapp einem Attentat. In Peru fürchtet die Kirche in den Notstandsgebieten um ihre Wirkungsmöglichkeit, seit die marxistischen Guerillaorganisation „Sendero Luminoso“ im Mai 1989 eines ihrer pastoralen Zentren in Ayaviri angegriffen hat. „Was im Amazonas geschieht, ist heller Wahnsinn“, sagte der aus Vorarlberg stammende und in diesem Gebiet tätige Bischof Erwin Kräutler. Die Großgrundbesitzer verüben dort an den brasilianischen Indios einen regelrechten Genozid. Bischof Kräutler, der sich mutig für die Rechte der Indios einsetzt, ist schon geschlagen und mit dem Tode bedroht worden.

Vom 6. bis 14. Mai 1990 besuchte der Papst zum zweiten Mal Mexiko, wo 92 Prozent der Bevölkerung sich zur katholischen Kirche bekennen, obwohl diese offiziell illegal und der Staat exkommuniziert ist.

Angeichts der Veränderungen in Europa gerät die wachsende Not Afrikas zusehends aus dem Blickfeld. Im Sudan, ähnlich wie im benachbarten Äthiopien, sind Hungersnöte und Flüchtlingselend an der Tagesordnung. In Zaire zeichnet sich ein Konflikt zwischen Kirche und Präsident Mobutu ab, nur weil die Bischofskonferenz ein Memorandum veröffentlichte, in dem gesagt wird, daß sich eine kleine Schicht auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung bereichere. Die Bischöfe fordern einschneidende politische und wirtschaftliche Reformen. Auch in Liberia prangerte der mutige Erzbischof von Monrovia, Michael Kpakala Francis, haarsträubende Menschenrechtsverletzungen an.

Zu den ärmsten unter den armen Ländern Afrikas zählen einige Staaten, denen Johannes Paul II. vom 25. Jänner bis 1. Februar 1990 einen Besuch abstattete. Von der ehemaligen portugiesischen Übersee-

provinz Kap Verde ging es nach Guinea Bissau, dann nach Burkina Faso sowie nach Mali und schließlich in den Tschad. Bei dieser Reise machte auch der Papst auf die Tatsache aufmerksam, daß über den spannenden Entwicklungen in Osteuropa Afrika vergessen werde. In Südafrika scheint sich in der Apartheidspolitik mit dem neuen Staatspräsidenten De Klerk eine Wende anzubahnen. Es ist zu hoffen, daß nun auch im Schwarzen Kontinent nach dem Vorbild Osteuropas die Perestroika zu greifen beginnt und die menschenverachtenden Diktaturen ins Wanken geraten.

2. Von Basel nach Seoul

Vom 15. bis 21. Mai 1989 kamen in Basel Vertreter der Kirchen von ganz Europa zusammen, um auf einer Versammlung, die unter dem Motto „Frieden in Gerechtigkeit“ stand, erstmals gemeinsam über Themen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung zu sprechen. Heiß wurde über Umweltkrise, Armut, Verschuldung der Dritten Welt und atomare Bedrohung diskutiert. Wie man sieht, ging es bei dieser ökumenischen Versammlung nicht so sehr um theologisch-dogmatische Fragen, sondern um allgemein gesellschaftlich-politische Grundprobleme. Wie durch ein Wunder kam am Schluß der Konferenz ein beinahe einstimmig verabschiedetes Schlußdokument zustande. Gemeinsames Beten und Diskutieren hat dies möglich gemacht.

In diesem Papier werden die Christen Europas gebeten, sich im Sinne des Evangeliums aktiv an der Erhaltung von Gottes Welt und Schöpfung zu beteiligen. Es forderte zur Einsicht und Umkehr, zum mitmenschlichen Handeln und zum Eintreten für die Rechte aller auf. Mag dieses Dokument auch nicht von historischer Bedeutung gewesen sein, so hatte der Kongreß dennoch einen einmaligen symbolischen

Charakter. War es doch das erste Mal, daß sich Vertreter aller Kirchen Europas getroffen haben. „Das wichtigste ist, daß Basel stattgefunden hat“, sagte der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker. Weizsäcker hielt Basel für eine wichtige Etappe auf dem Weg zu einem Weltfriedenskonzil. Nun sollten nach Möglichkeit überall einzelne Gruppen die Beschlüsse von Basel diskutieren und in die Tat umsetzen. In Österreich widmete sich die Pastoraltagung in Wien dem konziliaren Prozeß über Frieden und Gerechtigkeit. Die Zeitschrift „Der Prediger und Katechet“ brachte Predigtentwürfe zum Thema Friede — Gerechtigkeit — Bewahrung der Schöpfung. Die nächste Etappe in diesem konziliaren Prozeß sollte die Weltversammlung im März 1990 in Seoul sein. Der Ökumenische Rat der Kirchen hatte schon bei seiner Vollversammlung im Jahre 1983 in Vancouver zu einer ökumenischen Weltversammlung aufgerufen. Diese Konferenz sollte vom 5. bis zum 12. März 1990 in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul stattfinden. Das Thema war Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Um die Teilnahme der katholischen Kirche gab es in diesem Zusammenhang ein langes Hin und Her. Bereits im Jahre 1985 hatte der Ökumenische Rat der Kirchen die Zusammenarbeit Roms bei der Vorbereitung der Weltversammlung gesucht. Wie aus einem gemeinsamen Schreiben der Kardinäle Roger Etchegaray und Johannes Willebrands hervorgeht, war Rom gewillt, 20 offizielle Vertreter nach Seoul zu entsenden. Die katholischen Vertreter sollten allerdings kein Stimmrecht ausüben. Der Grund lag darin, daß Rom nicht Mitveranstalter des Kongresses sein wollte, weil es dann die „einzige Kirche mit einer direkten Verantwortung an der Versammlung“ gewesen wäre. Keine Mitgliedskirche des Weltkirchenrates übernimmt nämlich eine direkte Verantwortung für das, was

der Weltkirchenrat als solcher tut. Bei der Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel im Mai 1989 war das anders. Damals war die Versammlung von der Konferenz Europäischer Kirchen und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen getragen worden.

An der Weltversammlung in Seoul waren dann schließlich 80 Katholiken aus aller Welt vertreten. Neben der 20köpfigen Delegation aus dem Vatikan und zehn Beobachtern aus katholischen Basisinitiativen, die der Weltkirchenrat eingeladen hatte, waren noch andere Katholiken als Helfer und Gäste dabei. In einer gemeinsamen Grußbotschaft an die Weltversammlung betonten die Katholiken die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zeugnisses aller Christen angesichts der globalen Herausforderungen. An der Weltversammlung nahmen im ganzen ca. 500 Delegierte aus mehr als 300 Kirchen protestantischer, anglikanischer, orthodoxer, altorientalischer und altkatholischer Konfessionen teil.

Allgemein kann man sagen, daß diese ökumenische Weltversammlung die Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte, nicht erfüllt hat. Die Ursachen waren viele. Zunächst gab es Mängel in der Vorbereitung und dann vor allem in der Durchführung. Aber vor allem waren die Voraussetzungen bei den Delegierten zu unterschiedlich, um eine gemeinsame Sprache zu finden. Es gab nur ein Hauptreferat, das der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Frank Chikane, hielt. In seiner Rede kritisierte der Sprecher die westlichen Industrieländer aufs schärfste, indem er ihnen vorwarf, an der Misere der Entwicklungsländer schuld zu sein. Nach den Veränderungen in Osteuropa sollten sich jetzt auch die westlichen Demokratien und der Kapitalismus in Frage stellen. Geraume Zeit arbeiteten die Kirchenvertreter in Arbeitsgruppen an einem Entwurf, den der Öku-

menische Rat der Kirchen bereits 1989 vorgelegt hatte. Schließlich veröffentlichten sie eine kurze Botschaft und zehn grundlegende Aussagen zum Thema „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, sowie vier „Bundeschlüsse“ für eine gerechtere Wirtschaftsordnung, für eine Entmilitarisierung der Welt, für den Umweltschutz und zur Überwindung des Rassismus.

3. Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe

Am 15. Mai 1990 erschien der mit Spannung erwartete Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs: ein Jahr vor dem 100-Jahr-Jubiläum der ersten Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ und zum 35. Jahrestag des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages. Das 70 Seiten umfassende Dokument steht unter dem Motto „Der Mensch ist der Weg der Kirche“, einem Wort aus „Redemptor Hominis“ Papst Johannes Pauls II. Es wurde auf breiter Basis vorbereitet (vgl. den Beitrag in Heft 1/1990, S. 35–42) und von Kardinal Hans Hermann Groër und Bischof Maximilian Aichern (der die Vorbereitung leitete) zusammen mit Professor P. Johannes Schasching (der „maßgeblich“ an der Erarbeitung des Hirtenbriefes mitwirkte) der Öffentlichkeit vorgestellt.

In dem von der Bischofskonferenz am 5. April 1990 einstimmig (Fritz Csoklich: „die Sensation schlechthin“) verabschiedeten Sozialhirtenbrief plädieren die Bischöfe für eine menschengerechte Wirtschaft, unterstreichen das Recht und die Pflicht zur Arbeit, fordern mehr Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, eine familiengerechtere Gestaltung der Arbeitswelt, sozialstaatliche Reformen und die Einhaltung der Sonntagsruhe. Das Hirtenwort konzentriert sich nicht nur auf die Probleme von Arbeit und Wirtschaft. Die Bedeutung von Ehe und Familie, der

Schutz des Lebens vom Beginn bis zum Tod sowie die Sorge um die Situation von Frauen und Jugendlichen werden ebenso betont wie die Option für die Armen, der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Die Kirche will mit diesem Text die „Stimme der Stimmlosen“ sein (wie es Bischof Aichern ausdrückte) und im Kontext der Soziallehre der Kirche das Grundverständnis von Wirtschaft und Gesellschaft darstellen, wie es sich in Konfrontation mit der österreichischen Situation aus dem christlichen Menschenbild herleitet. Die Kirche ist besorgt, daß die soziale Entwicklung hinter der Wirtschaftsentwicklung zurückbleibt.

Mit diesem Sozialhirtenbrief müssen die österreichischen Bischöfe wirklich den gemeinsamen Wert-Nenner unserer Gesellschaft getroffen haben — denn das Lob und die Anerkennung dieses Textes waren überwältigend. Die gesamte Presse, alle politischen Parteien, Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreter, auch die lautstarken Kritiker des Grundtextes sprachen von einem bedeutenden Dokument. Dazu beigetragen hat sicher die Vermeidung von Reizwörtern wie Zweidrittelgesellschaft oder Waffenexporte und die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Eingaben und Stellungnahmen aus der Diskussion. „Es hat sich in diesem Vorgang innerhalb der Kirche eine Gesprächskultur entwickelt, die in die Zukunft weist“, resümieren die Bischöfe. Die Anliegen des Grundtextes und der Diskussion zum „Brennpunkt Arbeit“ wurden nicht — wie von manchen befürchtet — verwässert, nach der Aussage von Bischof Helmut Krätzl in den Formulierungen vielleicht „abgerundet“, aber in der Substanz „nicht abgeschwächt“. Der Bürgermeister von Wien, Helmut Zilk, sprach von einer „historischen Chance“ in der Beziehung zwischen Kirche und Sozialistischer Partei und plädierte für

eine engere Zusammenarbeit. Landesrat Josef Pühringer aus Oberösterreich fand im Sozialhirtenbrief „genügend politischen Sprengstoff“, dem sich die politischen Parteien, aber auch die Christen selbst stellen mußten. Die „Kleine Zeitung“ aus Graz hatte mit ihrer Schlagzeile „Eine reformfreudige Linie überrollt restaurativen Frust“ die Zusammensetzung der Bischofskonferenz im Blick.

Kardinal Groër wünschte sich bei der Präsentation am 15. Mai, der Hirtenbrief möge keinen Abschluß bilden, sondern „Anfang einer neuen Bewegung“ sein und Anstoß geben, sich in sozialen Initiativen zu engagieren; denn die Bischöfe sind davon überzeugt, daß unsere soziale Botschaft nur dann glaubwürdig ist, wenn sie in die Praxis umgesetzt wird. Das bedeutet, daß die Christen im Angesicht der neuen innerstaatlichen und weltweiten Herausforderung immer wieder aus der Lethargie der Gewohnheit und sozialen Trägheit aufbrechen und gesellschaftspolitisch tätig werden, daß sie bereit sind, dafür auch Widerstand und Verfolgung in Kauf zu nehmen.“ (Artikel 131)

4. Umbrüche in den Oststaaten

Die Umbrüche in den Oststaaten sind das herausragende Ereignis des vergangenen Halbjahres. Die kommunistische Ideologie brach wie ein Kartenhaus zusammen. Nachdem man in Rußland mit Stalin schon längst abgerechnet hatte, stürzen jetzt auch die Standbilder Lenins. Nach 70jähriger „Funkstille“ haben der Heilige Stuhl und die Sowjetunion im März 1990 offiziell diplomatische Beziehungen auf der Ebene von persönlichen Gesandten aufgenommen. Was das bedeutet, kann man nur begreifen, wenn man weiß, daß in den Jahren totalitärer Herrschaft allein in der Sowjetunion ca. 30.000 Priester und über 300 Bischöfe ermordet worden sind. In Litauen ist die Kirche nun vollkommen

frei. Der Episkopat stellte sich hinter den Wunsch der Nation nach Unabhängigkeit des Landes. Er will jedoch die Emotionen zügeln. Der Papst selbst hat bei seiner Ankunft in Mexiko die baltischen Staaten aufgerufen, mit ihren Forderungen nach Unabhängigkeit die Reformpolitik von Gorbatschow nicht zu gefährden. Aber die Litauer werden in ihrem Unabhängigkeitskampf nicht nachlassen. Czeslav Milosz, polnischer Schriftsteller, der im litauischen Szetejnie geboren ist, hat die Litauer als „das hartnäckigste Volk der Welt“ bezeichnet.

Nach einer Unterbrechung von 45 Jahren haben auch Ungarn und der Vatikan im Februar 1990 die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen. Zum 70. Geburtstag ehrte die DDR Johannes Paul II. mit einer Briefmarke. Das wäre vor einem Jahr undenkbar gewesen. Der ersten freigewählten Regierung gehören drei evangelische Pfarrer an. Das Kapital von Marx ist in diesem Lande nur mehr ein Buchtitel, gefragt ist heute das Kapital von Daimler-Benz.

Der schon lange gehegte Herzenswunsch des tschechoslowakischen Kardinals Tomasek, den Papst in Prag empfangen zu können, ging am 21. April 1990 in Erfüllung. Die kurze Visite des Papstes in der Tschechoslowakei wurde ein Fest des Glaubens und ein Triumph für die bisherige Kirche der Katakomben. Nachdem Kardinal Tomasek bei dem Gottesdienst auf dem Letna-Platz den Papst begrüßt hatte, ging Johannes Paul II. auf den greisen Kardinal zu und umarmte ihn. Der Kirchenfürst hatte sich diese außerordentliche Geste des Papstes redlich verdient. Bei der Verabschiedung des Papstes in Preßburg am 22. April 1990 hat der tschechoslowakische Ministerpräsident, der Kommunist Marian Calfa, sich bei Johannes Paul II. entschuldigt für das Verhalten des früheren Regimes gegenüber dem Oberhaupt der katholischen Kirche.

Wörtlich sagte er: „Wir hoffen, daß wir in diesen Tagen einen Teil der Schuld, die wir gegenüber Ihnen fühlen, abtragen konnten: nämlich daß wir nicht bereit waren, Ihren Wunsch zu erfüllen, Velehrad zu besuchen, als die ganze Welt des Todes des hl. Method gedachte.“ Gemeint war die 1100-Jahr-Feier des Todes des Slawen-Apostels Method 1985. Eine Woche vor dieser Pastoralvisite hat der Heilige Stuhl auch mit der Tschechoslowakei die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, die seit 1948 unterbrochen waren.

Während alle Revolutionen des Jahres 1989 unblutig verliefen, kam es in Rumänien zu wahren Massakern. Inzwischen hat sich auch dort die Lage der Kirche gebessert und erstmals nach 40 Jahren konnte der Papst am 14. März 1990 zwölf neue Bischöfe ernennen. Ähnlich wie in der Tschechoslowakei gehören heute zu den neuen Oberhirten mehrere Würden-träger, die noch im Untergrund zu Bischöfen geweiht wurden und jahrelang inhaftiert waren. Auch die Unierte Kirche in Rumänien, die bis zu ihrer Auflösung 1,5 Millionen Gläubige zählte, ist wieder legal. Leider hat Rumäniens orthodoxe Kirche das Volk während der Schreckensherrschaft Ceausescus weitgehend im Stich gelassen.

5. Ist der Papst der geistige Vater des östlichen Umbruchs?

Ange-sichts der dramatischen Veränderungen in den Ostblockstaaten stellt sich die Frage, wie weit Johannes Paul II. der geistige Vater dieses Umbruchs war. In diesem Zusammenhang ist zu sagen, daß der Vatikan seit Lenins russischer Oktoberrevolution im Jahre 1917 immer wieder versuchte, Kontakte mit dem Regime zu knüpfen, um das schwere Los der Katholiken zu lindern. So gab es in den zwanziger Jahren ständige Verhandlungen des Berliner Nuntius Pacelli mit der Sowjet-

union. Als die Verfolgungen der Kirche zunahmen und Stalin die ukrainische Kirche in den dreißiger Jahren förmlich auszu-rotten drohte, erließ 1937 Pius XI. die Enzyklika „*Divini Redemptoris*“, mit der er den atheistischen Kommunismus schärfstens verurteilte.

Selbst während des Zweiten Weltkrieges hat sich aber der Vatikan geweigert, den Krieg Hitlers als antikommunistischen Kreuzzug zu segnen. Daß nach dem Ende des Krieges aber der Kommunismus das Feindbild der Katholischen Kirche war, ist sicher. Wie unter Pius IX. (1846—1878) der Liberalismus und unter Leo XIII. die Freimaurer, so war das Feindbild unter Pius XII. der Kommunismus. Im Jahre 1949 wurden dann auch durch Dekret des Hl. Offiziums alle jene exkommuniziert, die der kommunistischen Partei angehörten. Da Stalin in den fünfziger Jahren jeden Dialog mit der Kirche verwarf, lehnte auch Pius XII. Verhandlungen mit der Sowjetunion ab. Aber selbst damals galt, was der Jesuit Gustav Gundlach, einer der engsten Mitarbeiter des Papstes, im Jahre 1948 schrieb: „Die Kirche, die mit einem Hitler verhandelt hat, würde es auch mit einem Stalin tun — sogar wenn ganz Nordamerika sich darüber entsetzen würde.“ Diesbezüglich folgte Pius XII. dem Motto Pius XI., das lautete: „Wenn es darum ginge, eine Seele zu retten, ein größeres Übel für das Seelenheil zu verhindern, hätten wir den Mut, auch mit dem Teufel in Person zu verhandeln.“

Die Basis für die jetzigen Veränderungen in Osteuropa hat sicherlich Papst Johannes XXIII. gelegt, als er seine Enzyklika „*Pacem in terris*“ veröffentlichte und 1962 den Schwiegersohn und die Tochter des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow empfing. Dieser Meinung ist auch der australische Bestseller-autor und Verfasser von Papstromanen Morris L. West. Die von Johannes XXIII. eingeleitete neue Ostpolitik wurde von

Papst Paul VI. zäh und konsequent weitergeführt. Dem noch von Johannes XXIII. ernannten Untersekretär für Außerordentliche Angelegenheiten, Agostino Casaroli, dem eigentlichen Architekten der neuen Ostpolitik, gelang es schon 1964, ein bescheidenes Teilabkommen mit Ungarn abzuschließen. Mit Recht sagte Casaroli einmal: „Auch Kommunisten sind Menschen, und Menschen ändern sich.“

Einer der geistigen Väter des revolutionären Umbruchs im Osten ist aber ohne Zweifel Johannes Paul II. Er begann 1978 sein Pontifikat mit den prophetischen Worten: „Habt keine Angst! Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme.“ Seitdem wird der Papst nicht müde, die Menschenrechte zu verteidigen und für die Würde der menschlichen Person einzutreten. Gerechtigkeit und Frieden sind ständig wiederkehrende Worte in seinen zahlreichen Reden. Johannes Paul II. war und ist felsenfest überzeugt, daß der Kommunismus ein Irrweg ist, von dem es die Menschheit zu befreien gilt. Für ihn sind politische Freiheit, Menschenrechte und Religionsfreiheit unzertrennlich miteinander verknüpft. Dem Papst ist es auch gelungen, diese Ideen überzeugend zu vermitteln. Schon während seiner ersten Polenreise im Jahre 1979 hat er sein Volk an die eigene Geschichte erinnert und ihm Selbstvertrauen gegeben und Mut gemacht, das

eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Mit dieser Rückendeckung wurde die Solidarnosc-Bewegung erst aktiv. Neuen Mut sprach der Papst seinem Volk und der Gewerkschaft bei seiner zweiten und dritten Polenreise in den Jahren 1983 und 1987 zu. Damit hat er entschieden zur Wende in Polen beigetragen. Schließlich machte die Politik der Perestrojka Gorbatschows in der Sowjetunion den Weg zur Demokratie in Polen frei. Der Funke der Freiheit sprang dann auf die Nachbarländer über. Die Wende begann. Polen hatte dabei die Vorreiterrolle gespielt.

Der Erzbischof von Mailand, Carlo Maria Martini, hat in einer Rede in Montecatini im Frühjahr dieses Jahres auch betont, daß die Rolle der Kirche bei den „tiefen und außergewöhnlichen“ Veränderungen, die im europäischen Osten stattgefunden haben, „schwer zu bestreiten“ sei. Allerdings hat der Kardinal auch darauf hingewiesen, daß heute die Gefahr besteht, den Marxismus einfach durch die Lebensmodelle des Kapitalismus und der sogenannten Konsumgesellschaft zu ersetzen. Auf die Aufgaben, die nun der Kirche harren, hat vor allem auch Kardinal Ratzinger, Präfekt der Glaubenskongregation, in einem Vortrag im Februar 1990 in Madrid hingewiesen, indem er sagte: „Ha caído el muro, ahora debemos reconstruir Europa desde la Fe.“ — „Die Mauer ist gefallen, nun müssen wir Europa mit dem Glauben wiederaufbauen.“